Kann der Westen jetzt vom Osten lernen?

Da ist sie wieder, die gelbe Gefahr, *le péril jaune*, wie vermutlich als erster Jacques Novikow es in seinem gleichnamigen Aufsatz ausdrückte, um Ressentiments gegen Ostasien zu schüren. War es einst die Furcht, dass viele ‚kleine Chinesen' den Westen überrennen und die Weltherrschaft erlangen würden, ist es heute ein Virus, das von Donald Trump beharrlich „the Chinese virus" genannt wird.

Namaste (Begrüßungsgeste einer Nepalesin)
Foto: Sumita Roy Dutta (CC BY 4.0)

Mag dessen Ursprung tatsächlich in Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei, liegen, helfen die alten und neuen Ressentiments kaum weiter. Denn längst zeigt sich, dass einige Länder in Asien offenbar effektiver mit der Gefahr umzugehen wissen als der so genannte Westen. Während Europa, nicht zu reden von den USA, nur scheibchenweise das bislang einzige Hilfsmittel gegen das Virus, die radikale Kontaktvermeidung, einführten, haben besonders kleinere ostasiatische Staaten schnell und durchgreifend reagiert. Am 31. Dezember 2019 berichtete China, das anfangs die Seuche für alle sträflich unterschätzt hatte und sich jetzt in der Bekämpfung allem propagandistischem Anschein zum Trotz überschätzt, der Weltgesundheitsorganisation von einem SARS-ähnlichen Virus. Noch am gleichen Tag überprüfte Taiwan, ein gebranntes Kind aus den SARS-Zeiten mit rund siebzig Todesfällen, die aus Wuhan in Taipeh ankommenden Passagiere im Flugzeug, und als nur zehn Personen infiziert waren, schloss das Land alle Schulen. Drei Tage später hatten auch Singapur und Hong Kong das Screening an den Grenzen eingeführt. Südkorea war nicht so schnell, hat aber nach einem Ausbruch unter den Mitgliedern der christlichen Shincheonji-Sekte, ab Mitte Februar ebenso konsequent durchgegriffen und dadurch die Zahlen eingedämmt. Jetzt hat es eine der langsamsten Verdoppelungsquoten. Vor allem aber hat es massiv getestet, schnell und kostenlos für die Betroffenen. Desgleichen wurde das *contact tracing*, die Zurückverfolgung von Ansteckungsketten, in Taiwan, Südkorea und Singapur so konsequent wie nirgends durchgeführt. Dabei wurden rigoros die Armeen und das Internet zur Kontrolle eingesetzt.

In Deutschland hingegen war es der Politik nicht einmal möglich, Schnapsbrennereien zur verstärkten Produktion von Ethanol als einem Grundstoff für Desinfektionsmittel, andere Firmen zur Produktion von Masken oder Beatmungsgeräten und die Bürger zu einer rigorosen Selbstdisziplin zu verpflichten. Selbst Indien, gemeinhin als chaotisches und unregierbares Land verschrien, vermochte am 24. März seinen 1,3 Milliarden Bewohner eine dreiwöchige Ausgangssperre zu verordnen, obwohl es bis dahin nur 415 Covid-19-Patienten und sieben Todesfälle gab. Als Premierminister Narendra Modi der Bevölkerung wortwörtlich zurief: „Bleibt zuhause" und dafür nur vier Stunden Vorlauf gab, folgten die Menschen erstaunlich diszipliniert.

Soziale Distanz kannten sie ohnehin aus ihrer Kastengesellschaft und dem Umgang mit dem Millionenheer der „Unberührbaren". Nur die Hunderttausende Tagelöhner, die urplötzlich ihre Arbeit verloren hatten, mussten ihr ohnehin nur provisorisches Zuhause verlassen, um tagelang zu Fuß in ihre Dörfer zurückzugehen, weil keine Züge oder Busse mehr fuhren. Jetzt erhalten sie 500 Rupien (ca. 6 €) pro Monat und fünf Kilo Getreide und 1 Kilo Linsen – für drei Monate! Und Tausende nepalische Gastarbeiter strandeten an der Grenze zu Nepal, weil ihre Regierung sie nicht ins Land lässt.

Solche drastischen staatlichen Maßnahmen, so heißt es im Westen, seien halt nur in undemokratischen oder autokratisch regierten Ländern durchsetzbar, wo fatalistische oder ideologisch vereinnahmte Menschen mehr oder weniger willenlos dem alles kontrollierenden Staat folgen. Tatsächlich sind aber Indien, Taiwan und Südkorea Demokratien und auch in China wäre die zwei Monate währende Isolation von 50 Millionen Menschen nicht völlig gegen den Willen der Menschen möglich. Vor allem sind aber das Aussetzen von Grundrechten – Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, Asylrecht, Recht auf Arbeit oder freie Religionsausübung – sowie die umgreifende staatliche Bevormundung mittlerweile überall in der Welt, auch in der „westlichen" zu finden. Eine wirklich demokratische Legitimierung der Maßnahmen erfolgt auch dort immer weniger. Alles ist „alternativlos" geworden. Für vermeintlich starke Staatsmänner ist das eine willkommene Entwicklung, um den Rechtsstaat herauszufordern oder gar in einen Überwachungsstaat zu überführen.

Dabei gäbe es Wahlmöglichkeiten. Wir können wählen, ob, wie lange und mit welchem Risiko wir uns verkriechen wollen; ob wir uns jetzt selbst der Nächste sind oder ob wir in Solidarität und wechselseitiger Hilfe aufeinander zugehen; ob wir die Grenzen dicht machen oder für jene öffnen, die noch schlimmer dran sind und unserer Hilfe erst recht bedürfen; und ob wir, wenn alles vorbei ist, weiter so rastlos leben wollen, statt endlich die Chance zu ergreifen, gemeinsam einzuüben, weniger grausam mit den Mitmenschen und der Natur und besonders den Tieren umzugehen; und schließlich weniger gierig – im Buddhismus ist Gier die Quelle alles Übels – zu werden, das Weniger mehr sein zu lassen. Im Westen wie im Osten.

Obgleich wir längst in einer Welt leben, in der die Unterscheidung zwischen „Ost" und „West" kaum noch Sinn macht, weil in uns soviel „Osten" steckt wie „Westen" in Asien, leistet sich „der Westen" bisweilen noch immer die Überheblichkeit, Asien als fehlgeleitete, unzulängliche oder zurückgebliebene Region der Welt anzusehen. Es braucht aber die Erkenntnis, dass die Probleme „da draußen" uns alle unmittelbar angehen. Wie fatal war diese Verkennung beim Coronavirus, dessen anfängliche Verbreitung man weit weg wähnte und deshalb sträflich verkannte.

Eine der grundlegenden Fragen wird daher in Zukunft sein, herauszufinden, ob – zugespitzt – der „asiatische" oder der „westliche Weg besser hilft, den großen Herausforderungen der Menschheit zu begegnen. Der „asiatische Weg" meint: erst kommt das Kollektiv, dann der Einzelne, und was für die Gemeinschaft richtig ist, ist auch für das Individuum gut: das Wir kommt vor dem Ich. Der „westliche" Weg hingegen besagt, dass erst die Summe der Nutzen für den Einzelnen den gemeinschaftlichen Mehrwert ermöglicht: das Ich kommt vor dem Wir. Ich weiß

nicht, ob man „Hamsterkäufe" – Ausdruck für den individualistischen Egoismus des Westens – ins Chinesische übersetzen kann. Sie zu praktizieren, gilt in Ostasien aber als äußerst asozial und primitiv.

Diese Unterschiede betreffen vor allem das Verhältnis des Einzelnen zum Staat. Sind in Europa die privaten Freiheitsrechte schwer erkämpft worden, hält man sie im Osten oft für nicht so schützenswert, weil der Staat ja nur Gutes will. Gerade erst hat der chinesische Philosoph ZHAO Tingyang in seinem bemerkenswerten Buch *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung* (Berlin: Suhrkamp, 2020) das klassische chinesische System des Tianxia zu einem politischen „Ideal einer Weltordnung" weiterentwickelt, wonach „die Maximierung wechselseitigen Nutzens rationaler ist als die des eigenen Nutzens". Diese Theorie beruht auf einem konfuzianischen Prinzip, das fast als Leitmotiv für die Bewältigung der Coronakrise gelten kann: „Willst Du sicher stehen, hilf anderen, sich aufzurichten, willst Du etwas erreichen, hilf anderen, etwas zu erreichen." Ähnliche ethische Prinzipien ließen sich aus dem buddhistischen Dharma entwickeln. Und die altindische Ahimsa-Lehre, das Gebot zur Nicht-Verletzung von Lebewesen, ist eine radikale Schonungsethik, aus der sich etwa die moralische Verpflichtung zum Tragen von Masken ableiten ließe: Schon die Jaina-Mönche trugen einen Mundschutz, um nicht aus Versehen kleine Insekten zu schlucken. Inzwischen ist zudem erwiesen, dass Fleischkonsum das Zoonosen- und Pandemierisiko steigert. Auch die Spanische Grippe sprang vom Schwein auf den Menschen über, vermutlich in den USA (müsste also in Trumps Logik die ‚US-amerikanische Grippe' heißen).

Es gibt also noch viel voneinander zu lernen, und es reicht nicht, dass jetzt im Grunde nur die Virologen und Epidemiologen regieren, obgleich auch die nicht genau wissen, wie es weitergeht, und nicht die einzigen Wissenschaftler sind, die etwas vom Leben verstehen. Die Folgekosten für die Gesellschaft, die Kollateralschäden der Beschränkungen, wie etwa Selbstmorde durch die Zerstörung von Existenzen oder vorzeitiges Sterben durch das Aufschieben von Operationen, gehen in die Berechnungen nicht ein, schon gar nicht die zu erwartenden Toten und Schäden in ärmeren Ländern. Hier hätten auch Ethiker, Philosophen, Psychologen, Politik- und Sozialwissenschaftler sowie Kulturwissenschaftler etwas zu sagen. Sie wurden, wenn überhaupt, erst verzögert zur Diskussion über den Preis, den wir für das jetzige Leben ohne soziale Kontakte, ohne kulturelle Ereignisse, ohne Restaurants und Sportereignisse zu zahlen bereit sind, hinzugezogen – nicht zu reden vom Preis, den wir für den Tod Einiger zum Wohl der Gemeinschaft oder Wirtschaft zahlen wollen, können oder müssen.

Axel Michaels
Mitglied der Philosophisch-
Historischen Klasse

Der Beitrag wurde für „*Athene – Magazin der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1/2020*" verfasst.
© Heidelberger Akademie der Wissenschaften